

Junge Frau fordert: „Gebt uns unsere Rechte zurück!“

AKTION OBW-Wohnstättenbewohner fühlen sich diskriminiert – Landtagsabgeordnete sollen handeln

VON MONA HANSEN

OSTFRIESLAND - Sie fühlen sich eingesperrt – junge Menschen, die in betreuten Wohnstätten leben und wegen der Corona-Pandemie vieles nicht mehr dürfen. Andrea Janssen gehört dazu. Sie lebt in einer Emdener Wohngruppe der Ostfriesischen Beschäftigungs- und Wohnstätten (OBW) GmbH. Wie viele andere Bewohner zähle sie nicht zur Risikogruppe, trotzdem werde sie behandelt wie die Bewohner von Seniorenheimen. „Das ist Diskriminierung“, findet auch Bernhard Lutzki, Wohnstättenleiter bei der OBW. „Weil jemand einen Schwerbehindertenausweis hat, wird er pauschal zur Risikogruppe gezählt.“

„Wir wollen unsere Freiheit wieder“, fordert Janssen und wendet sich damit an Landtagsabgeordnete. „Seit dem 18. März ist es nicht mehr das Leben, das wir hatten“, sagt die junge Frau. Konnte sie sonst normal zur Arbeit, zum Einkaufen oder ihren Hobbys nachgehen, wurde ab März erst einmal alles verboten. Erst jetzt gibt es langsam Lockerungen. Janssen und die anderen Be-

wohner dürfen das Haus wieder verlassen – aber unter Auflagen. So sollen sie beispielsweise durchgehend Schutzmasken tragen. Arbeiten dürfen sie noch immer nicht. Kontakt zu den Mitbewohnern sollen sie meiden und die Betreuer seien jetzt viel länger als sonst da. „Anderere dürfen schon längst wieder reisen, Besucher aus Nordrhein-Westfalen sind vor der Tür, aber die Bewohner dürfen nicht raus“, sagt auch OBW-Prokurist Jörn Malanowski.

OBW-Leitung sind die Hände gebunden

„Ich weiß, ich habe Rechte, aber die sind uns weggenommen worden“, betont die junge Frau. Sie und andere Bewohner aus betreuten Wohnstätten haben die Aktion „Gebt uns unsere Rechte zurück“ gestartet und rund 60 Unterschriften von Bewohnern gesammelt. Mit der Liste, dem Brief und einem Protest-Foto wendet sich Janssen an die Landtagsabgeordneten Meta Janssen-Kucz (Grüne, Borkum), Johanne Modder (SPD, Bunde) und Matthias Arends (SPD, Em-



Mit diesem Foto, einer Unterschriftenliste und einem Brief wenden sich Bewohner von OBW-Wohnstätten an Landtagsabgeordnete.

BILD: PRIVAT

den). Hintergrund: „Wir als Träger der Wohnstätten müssen die Verordnung des Landes und Allgemeinverfügungen umsetzen“, sagt OBW-Prokurist Andreas Blaurock. Ihnen selbst seien die Hände gebunden, obwohl sie die Kritik der Bewohner sehr gut verstehen können, wie er betont. „Es sind erhebliche Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte.“ Außerdem würden Wohnangebote vom Land überhaupt nicht unterscheiden. Im Altersheim gelten dieselben Regeln wie in einer Wohngruppe mit jungen Leuten.

Sie habe schon weit vor dem Brief der jungen Frau im zuständigen Sozialausschuss des Landtages immer wieder auf die Problematik mit den Verordnungen hingewiesen, sagt die Grünen-Abgeordnete Janssen-Kucz (Borkum). „Leider ist es so, dass der Bereich der Eingliederungshilfe, aber auch die Jugendhilfe kaum eine Lobby hat.“ Der Landtag plane einen Sonderausschuss zur Aufarbeitung der in der Pandemie beschlossenen Maßnahmen, der voraussichtlich nach der Sommerpause seine Arbeit aufnehmen soll.

Der SPD-Abgeordnete Arends hält es etwas anders. „Nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurden so viele Grundrechte so flächendeckend und so umfassend eingeschränkt“, sagt er. Aber: „Die in diesem Zusammenhang notwendig gewordenen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor einer Infektion mit dem Corona-Virus, die angesichts des hohen Handlungsdrucks zeitnah erarbeitet und umgesetzt werden mussten, halte ich im Rückblick auf diese absolute Ausnahmesituation weiterhin für angemessen.“ Er teile zwar die Kritik an einer fehlenden Unterscheidung, doch bei dem angesprochenen Personenkreis handle es sich auch um eine Vielzahl an Menschen, „die, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, auf Unterstützung angewiesen sind und für die die Einrichtungen vor Ort eine große Verantwortung tragen“. Den Trägern vor Ort sei eine „möglichst große Handlungsfreiheit gegeben, um anhand ihrer individuellen Möglichkeiten und Ressourcen tragfähige Konzepte zum Schutz der Menschen zu erarbeiten“, so Arends.